

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Abonnementspreise: Ein Vierteljahr 2 RM, halbjährlich 3 RM, jährlich 5 RM. (In Familienkreise 1 RM, in Arbeiterkreise 1 RM, in Genossenschaftskreisen 1 RM). Die Abonnementpreise sind einschließlich der Postgebühren. Die Abonnementpreise sind einschließlich der Postgebühren. Die Abonnementpreise sind einschließlich der Postgebühren.

3. Jahrgang      Donnerstag, den 17. Februar 1927      Nummer 40

## Brauns will die 53-Stunden-Woche

### Vor der Verbindlichkeitsklärung durch den Reichsarbeitsminister

Leipzig, 17. Febr. (Eig. Drahtmeldung.)  
Die Ablehnung des Schiedspruchs für die Leipziger Metallarbeiter ist erfolgt mit etwa 17000 gegen nur 3000.  
Nachdem der DVB die Ablehnung des Schiedspruchs erklärt hat, hat der Reichsarbeitsminister Brauns die Tarifparteien zu einer Sitzung nach Berlin geladen. Brauns hat die Absicht, nach einer vom Schein ausgehenden Einigungsverhandlung den 53stündigen Schiedspruch für verbindlich zu erklären. Die oppositionellen Metallarbeiter fordern darum schon heute die Metallarbeiter auf, gegen die Verbindlichkeitsklärung den Kampf in ganz Sachsen fortzusetzen.

Der Schiedspruch für Halle, Magdeburg, Anhalt ist ebenfalls erklärt worden. Die Beibehaltung der 53stündigen Woche wird durchgeföhrt. Die Arbeitstagen im sächsischen Gebiete wollen den Kampf wie ihre Kollegen und der große Teil der sächsischen Metallarbeiter. Die Gewerkschaftsleitungen aber verhindern den Kampf. Sie stehen offen auf Seiten der Kapitalisten. Die Verhandlung wird von der Gewerkschaftsbürokratie abgelehnt, nicht nur in Halle und im ganzen mitteldeutschen Gebiet erklären die Gewerkschaftsbürokraten, daß die Verhandlung für den Streik verboten ist. In Halle hat die Drogenverwaltung des DVB, daß die Parole, 53 Stunden aus den Betrieben, ausgegeben wird.

Kampfslose Annahme der 54- und 53-Stundenwoche, das kommt bei der Stellung der Bürokraten für die Arbeiter heraus. Die Stimmung in der mitteldeutschen Metallarbeiterchaft ist wegen dieser Haltung der Bürokraten empört. Es ist damit zu rechnen, daß trotz der Sabotage der Bezirksleitung des DVB die Verweigerung der Ueberstunden, in einer Anzahl Betriebe durchgeföhrt wird.

### Metallarbeiter für den Kampf

Eine Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute der Metallarbeiter nahmen zu der Lage in der Metallindustrie folgende Entschlüsse:  
Die Betriebsräte und Vertrauensleute der Metallarbeiter (Metallarbeiterzentrale) haben Stellung genommen zum Kampf der Metallarbeiter. Sie begrüßen die Resolution der Opposition, die der großen Drogenverwaltung vorgelegt worden ist und stellen sich rückhaltlos hinter die Forderungen, den Schiedspruch abzulehnen, und falls er verbindlich erklärt werden sollte, ihm die Anerkennung zu verweigern. Sie unterstützen aufs schärfste die Haltung der Verhandlungsleitung, die nicht einmütig über die Forderungen der Opposition abstimmen zu lassen. Sie fordern von der Verhandlungsleitung, daß sie nun alles daran setzt, die Metallarbeiterchaft zu mobilisieren. Der Leipziger Metallarbeiterchaft sprechen wir die volle Sympathie aus und fordern sie auf, im Kampfe auszuhalten.  
Sie fordern weiter von der Verhandlungsleitung Einberufung einer Generalversammlung, um Stellung zu nehmen zum Kampfe.  
Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

### Angriff der Kapitalisten

Dresden, den 17. Februar.  
R. R. Der Unternehmerangriff auf die Metallarbeiterchaft in Leipzig ist ohne Zweifel der Ausgangspunkt für eine großangelegte Offensive der deutschen Kapitalisten gegen die gesamte Arbeiterklasse. Ein für allemal soll die Forderung nach der achtstündigen Arbeitszeit liquidiert, sie soll so weit beseitigt werden, daß sie nicht mehr als akute Kampfmaßnahme aufgerollt wird. Daß es um einen Kampf auf der ganzen Linie geht, zeigen die gleichzeitigen Angriffe gegen die Metallarbeiter in Mitteldeutschland, die Textilarbeiter in der Lausitz und die Fabrikarbeiter Mitteldeutschlands. Fast überall haben die Arbeitermassen instinktiv begriffen, daß es sich hier um eine entscheidende Frage von weittragender Bedeutung handelt. Fast ausnahmslos haben die Arbeiter die Kriegserklärung der Industriellen angenommen und den Kampf eröffnet. Der Kampfwille der Arbeiter ist ein Zeichen, daß das deutsche Proletariat beginnt, sich aus der Stimmungs der Depektion zu erholen, daß es wieder bereit wird, zu Kampfmaßnahmen zu schreiten. Gelang es den Unternehmern und Gewerkschaftsbürokraten beim Hamburger Hafenarbeiterstreik noch verhältnismäßig leicht, die Kampfemegung der Arbeiter einzudämmen, so finden wir bei den heutigen Kämpfen eine starke Entschlossenheit der Arbeitermassen, die nicht einfach gewillt sind, vor der Diktatur der Unternehmer und der Gewerkschaftsbürokratie zurückzuweichen.  
Auf Seiten der Unternehmer steht der Staatsapparat der „demokratischen Republik“ mit den Schlichtern und dem Arbeitsministerium. Durch die „famose Einrichtung“ der Schlichtungsstellen soll jetzt der achtstündige Arbeitstag endgültig erledigt werden. Es ist notwendig, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß die Schlichtungsstellen auf Betreiben und mit Zustimmung der Gewerkschaftsbürokratie geschaffen wurden und daß sie zum größten Teil mit ehemaligen Gewerkschaftsbürokraten besetzt sind. Damals erklärten die Gewerkschaftsbürokraten, daß diese Schlichtungsstellen eingesetzt werden, um „unnötige“ Kämpfe zu vermeiden, aber auch, um eine Ueberverteilung der Arbeiter durch die Kapitalisten zu verhindern. Das jetzige Verhalten der Schlichter zeigt den Arbeitern wieder einmal, daß jede Einrichtung innerhalb des kapitalistischen Staates sich gegen die Arbeiter auswirken muß. Wir dürfen nicht vergessen, auch darauf hinzuweisen, daß die Gewerkschaftsbürokratie es war, die der Aufhebung und Beseitigung der achtstündigen Arbeitszeit aktive Unterstützung gab, indem sie den Arbeitern erklärte, daß die „vorübergehende“ Aufgabe des Achtstündigtages im Interesse der Erholung der deutschen Wirtschaft und der Arbeitsbeschaffung der deutschen Arbeiter eine Notwendigkeit sei. Die Gewerkschaftsbürokratie und die SPD halfen durch das Ermächtigungsgesetz, durch ihre Unterstützung des Reichswehrministers, überhaupt das gescheiterte Ausnahmestandes, der Reaktion den Raum des Achtstündigtages durchzuführen. Sie spielten dabei die Rolle der Makler, die mit List und Betrug die Arbeiter um diesen achtstündigen Arbeitstag pressen halfen. Teile der deutschen Arbeiterchaft glaubten, daß es wirklich richtig und zweckmäßig sei, wenn man die Arbeitszeit verlängere, um dadurch wieder zu einer besseren wirtschaftlichen Position zu gelangen.

Ohne diese aktive Unterstützung und Mithilfe der sozialdemokratischen Führerschaft und der Gewerkschaftsbürokratie konnte es den Kapitalisten niemals gelingen, ihre Ausbeutung in einem solchen Maße zu steigern, als wie das bis jetzt der Fall war.  
Heute steht erneut eine Entscheidung bevor. Das Verhalten der Arbeiterchaft im jetzigen Zeitpunkt würde bedeuten, daß die Unternehmer zur längeren Zeit Oberwasser gewinnen. Wo stehen in dieser entscheidenden Situation die Gewerkschaftsleitungen? Die Führer des DVB erlassen eine „Protestresolution“, in der sie sich zwar gegen die Ueberstunden wenden, jedoch nicht einen Kampf gegen die Ueberstunden organisieren, sondern es den individuellen Entscheidungen der Arbeiter überlassen w. n., ob sie die Betriebe verlassen. In der Praxis bedeutet das, daß sie die Arbeiter nicht gegen die Unternehmer unterstützen, sondern dem Terror der Unternehmer ausliefern würden. In Mitteldeutschland und insbesondere in Halle wendet sich die Bezirksleitung des DVB, wie wir auch an anderer Stelle mitteilen, gegen den Kampf gegen die Ueberstunden. Hier haben wir ganz aktive Unterstützung der Kapitalisten. In Sachsen, auch in Leipzig, wo der Kampf schon in einem akuten Stadium sich befindet, haben die Gewerkschaftsbürokraten den Kampf gegen die Ueberstunden. Noch an keiner Stelle wurde in großen Betrieben gegen die Metallarbeiter zu dem Kampf Stellung genommen. Ein paar internen Vertrauensmännern, die in denen man sich die Entschuldig herumringelt, ist alles was bisher von der Gewerkschaftsbürokratie in dieser entscheidenden Situation

## „Reichsbannerkamerad“ Dr. Köhler begründet den Etat des Bürgerblocks

### Ueber 2000 Millionen Mark Neubelastungen für das Proletariat

(KPD) Berlin, 16. Februar.  
In Reichstags begann am Mittwoch, den 16. Februar, die Beratung des neuen Reichshaushaltes für das Jahr 1927/28. Die Debatte wurde eingeleitet durch eine längere Rede des Reichsfinanzministers Dr. Köhler. Die Rede dieses „Reichsbannerkameraden“ war im großen und ganzen die alte Forderung, die jedes Jahr bei Beginn der Staatserörterungen immer wieder hervorgehoben wird. Sie enthält diesmal einige Forderungen auf den verlassenen Reichsfinanzminister Dr. Brüning, der die Steuerüberschüsse reiflos aufbraucht, den Verfall des Millionen Mark Steuern, den Etat 1928 um zwei Milliarden Mark Schulden balancierte und den neuen Haushalt für 1927 mit Millionen Steuererhöhungen ins Fahrenschief zu bringen bemüht war. Interessant war in der Rede des Reichsfinanzministers die Bestätigung der kommunistischen Parole, daß die Senkung der Umlagesteuer von 1 auf 0,75 Prozent reiflos dem Kapital als Sondergewinn zugute kommt und dem Verbrauch in keiner Weise durch Preisfallen zu laste kam.

Der „Reichsbannerkamerad“ Köhler hat als Finanzminister des Bürgerblocks keinen Zweifel darüber gelassen, daß für Erhöhung der Gehälter, Löhne und Renten im Reichsgebiet kein Pfennig vorhanden ist. Und wenn schon das Reich nichts zahlt, um wieviel weniger werden sich da erst die großindustriellen und großagrarischen Ausbeuter verhalten. Die Neubelastungen der Arbeiter durch Mieterhöhungen und Arbeitslosenversicherung durch Lohnsenkung auszugleichen?

### Die Proleten verlassen die Reichsbannerkameraden Hindenburgs

Breslau, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.)  
Die Reichsbannerorganisation Hertaogswaldau hat sich aufgelöst, da die Mitglieder nicht mehr mit Herz und dem Zentrum in einer Organisation sein wollen.

### Berfall der Opposition in Rußland

Moskau, den 15. Februar 1927.  
Auf dem Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, das vom 7. bis 12. Februar tagte, haben Genossin Nikolajewa und Genosse Badajew Erklärungen ab, worin sie von den Anschauungen der Opposition abrücken.  
Genossin Nikolajewa erklärte, daß sie die Beschlüsse der Partei über die Herabsetzung der Preise für richtig erachte, wobei dieses Problem eines der wichtigsten in der Politik der Partei ist. Die Oppositionsführer haben in dieser Frage von Anbeginn an einen falschen Standpunkt vertreten, der nach der Ueberzeugung der Genossin Nikolajewa durch die Taten des Lebens leicht widerlegt wird.  
Genosse Badajew erklärte, daß er sich bereits im Sommer 1926 ablehnend gegen die Opposition verhalten und im Zentralkomitee der Oppositionsführer bei der Beratung der Frage des fraktionellen Vorgehens der Opposition, ohne zu schwanken, für die Beseitigung der Opposition gekämpft habe. Genosse Badajew erklärte weiter, daß in der ganzen Zeit seit dem 14. Parteitag zwischen ihm und der Partei, keinerlei Unstimmigkeiten in grundsätzlichen Fragen bestanden hätten.

Die Pravda bringt diese Erklärungen mit dem Hinweis darauf, daß sie ein unabweisbares Anzeichen der politischen Zerfalls der Opposition sind, von der sich die Anhänger einer nach dem anderen abrücken.

Interessant war ferner die Feststellung des Ministers, daß die Erhöhung der Mieten gerechnet wird. Der Minister sprach nicht von der Höhe der geplanten Mieteerhöhung; wohl von hohen Gründen. Denn eine dreiprozentige Mieteerhöhung bedeutet im Reichsmittel eine zusätzliche Belastung für das durchschnittliche Volk von „nur“ 1500 Millionen Mark jährlich. Um die dreiprozentige Mieteerhöhung des Bürgerblockfinanzministers, daß um Ausgleich der Mieterhöhungen für die Beamten, Reichsarbeiter und Kriegsveteran kein Pfennig für die Erhöhung der Gehälter, Löhne und Renten vorgezogen ist. Das heißt, daß die unterliegende Erwerbslosenfrage zu. Wenn das Geld das auf dem Wege der Verankerung die Kosten für die alternativen Lebenshaltung der Erwerbslosen ausgleichen den in Arbeit stehenden Proletariats aufzuden soll, nicht bis zum 1. April fertig ist, dann wird im Etat ein monatliches Defizit von mindestens 40 Millionen Mark entstehen. Hieraus können die Arbeiter ersehen, welche neue Sonderbelastungen ihnen die Erwerbslosenfrage aufbürden will. Wenn man allein nur die Mieterhöhungen mit 1500 Millionen Mark die monatlich 40 Millionen Mark, die nunmehr die Arbeiter an Stelle des Reiches für die Erwerbslosen aufbringen, und dazu noch ungefähr die Hälfte dieser Summe die bisher die Beamten und Soldaten für die Erwerbslosen aufbrachten, so ergibt sich alles in allem gerechnet die Summe von mehr als 40 Millionen Mark Neubelastungen für das werktätige Volk.